HISTORISCHE DEMOKRATIEFORSCHUNG
Schriften der Hugo-Preuß-Stiftung und der Paul-Löbe-Stiftung
Band 4

Herausgegeben von Detlef Lehnert

Wissenschaftlicher Beirat:
Peter Brandt, Wolfram Pyta, Dian Schefold

Detlef Lehnert (Hg.)

SOZIALLIBERALISMUS IN EUROPA

Herkunft und Entwicklung
im 19. und frühen 20. Jahrhundert



2012
BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

DIETER LANGEWIESCHE

Sozialer Liberalismus in Deutschland

Herkunft und Entwicklung im 19. Jahrhundert

Sozialliberalismus in Deutschland lässt man in aller Regel im späteren 19. Jahrhundert beginnen. Eine Reaktion der Liberalen auf die Hochindustrialisierung, so hatte vor gut zwei Jahrzehnten ein Expertengespräch den Forschungsstand bilanziert.[1] Erst Friedrich Naumann und sein Umfeld hätten den deutschen Sozialliberalismus geformt. Zuvor habe es derartiges nicht gegeben. Und danach auch nicht mehr. Sozialliberale überwinden den Manchesterliberalismus und finden sich, wenngleich sie gegen Staatseingriffe weiterhin distanziert bleiben, doch mit dem Interventionsstaat ab, den sie gesellschaftspolitisch gemeinsam mit der Sozialdemokratie gestalten wollen.

Für diese Deutung gibt es gute Gründe, aber sie verdunkelt die starken sozialpolitischen Impulse, die von Beginn an auch schon vom Frühliberalismus ausgegangen sind. Der soziale Liberalismus ist in Deutschland keine späte Frucht in der Geschichte der Liberalen. Selbstverständlich änderte er sich mit der gesellschaftlichen Umwelt, auf die er reagierte. Um diesen Wandel geht es in diesem Beitrag. Betrachtet werden die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts, bevor in der Ära der Hochindustrialisierung jener Sozialliberalismus einsetzte, dessen Gesellschaftsbild und sozialstaatliches Instrumentarium man zumeist vor Augen hat, wenn dieser Begriff verwendet wird. Hier wird hingegen argumentiert: Der Sozialliberalismus des späteren 19. Jahrhunderts bezeugt erneuten Wandel, nicht aber Bruch mit einer manchesterlichen Vergangenheit.

1. Die sozialen Anfänge des Frühliberalismus

Am Anfang war der soziale Liberalismus. Er entwickelte gesellschaftspolitische Konzepte, die auf die damaligen sozialen Probleme zugeschnitten waren, Probleme einer noch überwiegend agrarisch-kleingewerblichen Gesellschaft mit ersten Industrialisierungszonen. Kaum jemand hatte die Industriegesellschaft der Zukunft vor Augen. Und wenn die Liberalen nach England blick-

---

1 Karl Holl, Überlegungen zum deutschen Sozialliberalismus, in: Ders. u.a. (Hg.), Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 227–232.

ten, wo diese Zukunft schon klarer zu erkennen war, so taten sie es zumeist, um zu lernen, welche sozialen Folgen man in den deutschen Staaten vermeiden sollte. Von dieser Sicht begann sich selbst das Wirtschaftsbürgertum im Rheinland erst in den 1840er Jahren zu lösen. Erst nach der Jahrhundertmitte entwickelte sich das rheinische Wirtschaftsbürgertum zu einer Industrialisierungselite.[2] Früher nicht.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts richteten die deutschen Liberalen ihr gesellschaftspolitisches Reformprogramm vorrangig auf jene zwei Bereiche, in denen die meisten Menschen ihre Nahrung fanden: auf die Landwirtschaft und auf das kleine und mittlere Gewerbe. Die Bauern aus allen überkommenen feudalständischen Bindungen lösen, und für Handwerk und Gewerbe einen Weg finden, auf dem die Regeln und Beschränkungen, welche die Gewerbeordnungen durchzogen, verringert werden könnten, ohne diese Begrenzungen jedoch schnell gänzlich zu beseitigen. Nur weil die Liberalen diese gesellschaftspolitischen Reformschwerpunkte setzten, konnte der Liberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1848er Revolution hinein eine breite Volksbewegung werden. Gewiss, der Frühliberalismus war eine politische Bewegung, eine Verfassungsbewegung und zunehmend auch eine nationale, doch die breite Resonanz in der Bevölkerung fand er als eine soziale Reformbewegung. Sie verwob politischen und sozialen Liberalismus miteinander.[3]

2 Rudolf Boch, Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857, Göttingen 1991, 228 ff., 278 ff.; zur Kritik an der englischen Klassengesellschaft vgl. Rudolf Muhs, Freiheit und Elend. Die Diskussion der sozialen Frage Englands und ihr Stellenwert im Bereich grund- und freiheitsrechtlicher Werthaltungen im deutschen Vormärz, in: Günter Birtsch (Hg.), Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte, Göttingen 1981, S. 483–514; Rudolf Muhs, Deutscher und britischer Liberalismus im Vergleich. Trägerschichten, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen (ca. 1830–1870), in: Dieter Langewiesche (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert: Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 223–259.

3 Überblick bei Dieter Langewiesche, Frühliberalismus und Bürgertum 1815–1849, in: Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997 (= HZ, Sonderheft 17, Hg. Lothar Gall), S. 63–129.

2. Agrarischer Sozialliberalismus für das bäuerliche Land

„Der Liberalismus war die Partei der Bauernbefreiung."[4] So pointiert Rainer Koch. Zu Recht. Karl von Rotteck, einer der prominentesten deutschen Frühliberalen, war mit seinen Reden zur Grundentlastung im badischen Landtag über Baden hinaus bekannt geworden. In den Jahren 1831 bis 1833 wurden ihm für dieses Engagement zwölf Ehrenpokale gestiftet; gesammelt hatten für sie neben badischen auch rheinbayerische und nassauische Gemeinden, ganze Dörfer beteiligten sich.[5] Julius Hölder, das Haupt der württembergischen Liberalen, ehrten 1856 Menschen aus 60 der 64 Oberämter, die es dort gab, ebenfalls mit einem Pokal für seine Verdienste bei der parlamentarischen Abwehr zusätzlicher Entschädigungsansprüche des Adels für abgelöste Feudallasten.[6]

Geehrt von Bauern und Bürgern wurden in Baden wie in Württemberg Repräsentanten eines agrarischen Sozialliberalismus – ein Sozialliberalismus für das bäuerliche Land. Konkret hieß das: Freisetzung des Individuums von Freiheits- und Eigentumsbeschränkungen mit staatlicher Hilfe. Persönliche Bindungen wurden entschädigungslos aufgehoben, dingliche Lasten abgelöst, und letzteres in einer gesetzlich geregelten Form, die den einzelnen Bauern finanziell möglichst nicht überfordern sollte.

Warum sollten wir hier nicht von Sozialliberalismus sprechen? Selbstverständlich war es eine zeitgebundene, noch stark vor-industrielle Form von Sozialliberalismus. Doch seine Reformkonzeption zielte auf einen großen Wirtschaftssektor, der viele Menschen beschäftigte. Wie in den anderen Gesellschaftsbereichen ging es auch hier den Liberalen im Kern um das selbständige Individuum. Geistig selbständig durch Bildung und wirtschaftlich selbständig.[7] Deshalb hatte der Sozialliberalismus für das Land den Bauern im

4 Rainer Koch, Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, in: Holl u.a., Sozialer Liberalismus (wie Anm. 1), S. 17–33, hier 22.

5 Ebd., S. 22.

6 Dieter Langewiesche (Hg.), Das Tagebuch Julius Hölders 1877–1880, Stuttgart 1977, S. 10 (Einleitung).

7 Zur Bedeutung von Selbständigkeit im bürgerlichen Wertekatalog s. Manfred Hettling, Die persönliche Selbständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, in: Ders./Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.), Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, S. 57–78; Lothar Gall, Selbständigkeit und Partizipation. Zwei Leitbegriffe der frühen bürgerlich-liberalen Bewegung in Deutschland, in: Hans-Werner Hahn/Dieter Hein (Hg.), Bürgerliche Werte um 1800, Köln 2005, S. 291–302; Dieter Langewiesche, Bürger bilden an der Universität, in: Ottfried Höffe/Oliver Primavesi (Hg.), Bürger bilden (erscheint demnächst).

Blick, nicht den Landarbeiter. Eine Gesellschaft der ökonomisch Selbständigen – sie galt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr vielen Menschen als ein realisierbares Ziel. Daher fand dieser liberale Zukunftsentwurf bei Bauern und ebenso bei Bürgern so großen Zuspruch.

Mit dem Abschluss der Agrarreformen, die man Bauernbefreiung zu nennen pflegt, endete diese Form des Sozialliberalismus. Liberale fanden zwar weiterhin Unterstützung auch auf dem Land, doch der Liberalismus wurde nicht zu einer Bauernpartei. Wo feudalständische Relikte die Bauernbefreiung überdauerten, bekämpften die Liberalen sie. Doch die Zielrichtung änderte sich. So taugte der preußische Junker, dieser Inbegriff eines politisch machtvollen feudalen Überbleibsels der Vergangenheit in der Gegenwart, zwar weiterhin als liberales Feindbild – *Bürgertum wider Junkertum!*"[8] gab Hugo Preuß noch 1892 als Wahlparole aus –, doch jetzt ging es um die „Verwestlichung Preußens", eine „Art von Revolution für Preußen", schrieb er 1899, durch die „Niederwerfung des östlichen Feudalismus".[9] Ein liberales Gesamtprogramm für das preußische Deutschland also, kein sozialliberales im zuvor erläuterten Sinne mehr. Der Sozialliberalismus für das Land endet um die Mitte des 19. Jahrhunderts dauerhaft.

3. Mittelständischer Sozialliberalismus für Bürger und Industriearbeiter

Für das Gewerbe tat sich der deutsche Frühliberalismus schwerer, eine sozialliberale Zukunftskonzeption zu entwerfen, als für den Agrarsektor. Auf dem Land ging es darum, adligen Herren oder deren bürgerlichen Nachfolgern per Gesetz jene Rechtstitel zu nehmen, in denen die feudale Vergangenheit fortdauerte. Das schuf eine klare Frontlinie, die es den Liberalen leicht machte, unter dem Beifall von Bauern und Bürgern eindeutig Stellung zu beziehen. Im gewerblichen Bereich hingegen taten sich die Liberalen viel schwerer, denn die Grenze zwischen ständischer Vergangenheit und bürgerlicher Zukunftsgesellschaft blieb mehrere Jahrzehnte offen und umstritten. Von der Fortdauer überkommener Zunftordnungen erhofften sich die Handwerksmeister, ihre

8 Vor den Landtagswahlen (1892), in: Hugo Preuß, Politik und Gesellschaft im Kaiserreich. Hg. Lothar Albertin in Zusammenarbeit mit Christoph Müller (Gesammelte Schriften Bd. 1), Tübingen 2007, S. 277–287, hier 282.

9 Ebd., West-Östliches Preußen (1899), S. 314.

soziale Position absichern und gegen Manufakturen und Fabriken bestehen zu können.[10]

Zumindest bis zur Revolution von 1848/49 teilten vor allem im südwestlichen Deutschland die Liberalen diese Haltung. Eine ungezügelte Laisser-faire-Gesellschaft erstrebten sie nicht.[11] Sie zielten auf eine Mittelstandsgesellschaft der ökonomisch Selbständigen. Was dies konkret bedeuten sollte, blieb zwar unter den Liberalen umstritten, doch bis gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts setzten sie überwiegend darauf, das kleine und mittlere Gewerbe gegen eine industriekapitalistische Überwältigung zu schützen.

Ich nenne dies mittelständischer Sozialliberalismus – ein Sozialliberalismus für den gewerblichen Mittelstand und auch schon für die frühe Industriearbeiterschaft. Zugunsten des frühliberalen Ideals einer klassenlosen Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen, wie es Lothar Gall[12] vor fast vier Jahrzehnten formuliert hatte – er löste damals eine für die Liberalismusforschung sehr fruchtbare kontroverse Diskussion aus – waren die Liberalen bereit, staatliche Eingriffe in die Erwerbsfreiheit hinzunehmen. Sie warben für einen wirtschaftspolitischen Staatsinterventionismus zugunsten einer mittelständischen Bürgergesellschaft, die von der industriekapitalistischen Entwicklung bedroht zu sein schien.

Hier fassen wir neben dem agrarischen eine zweite Form von Sozialliberalismus, entstanden in einer noch weitgehend vor-industriellen Umwelt und deshalb auch von einem vor-industriellen Gesellschaftsbild geprägt. Aber in dieser Begrenzung blieb der mittelständisch-gewerbliche Sozialliberalismus keineswegs stecken. Sein Ziel hieß vielmehr, Industrialisierung nicht verhindern, ihre sozialen Folgen jedoch auffangen zugunsten des kleingewerblichen Mittelstandes und auch der Fabrikarbeiter. Beide Gesellschaftsgruppen sollten fähig gemacht werden für eine Bürgergesellschaft selbständiger

10 Als Überblick: Friedrich Lenger, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt a.M. 1988.

11 Vgl. dazu Rainer Koch, „Industriesystem" oder „bürgerliche Gesellschaft"? Der frühe deutsche Liberalismus und das Laisser-faire-Prinzip, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 605–628; Helmut Sedatis, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979; immer noch vorzüglich dazu: Erich Angermann, Karl Mathy als Sozial- und Wirtschaftspolitiker, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 103 (1955), S. 499–622.

12 Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft". Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 261 (1975), S. 324–356; erneut in: Lothar Gall, Bürgertum, liberale Bewegung und Nation. Ausgewählte Aufsätze, Hg. Dieter Hein u.a., München 1996, S. 99–125.

Individuen. Sie zu ermöglichen, blieb der gemeinsame Kern aller Formen des Sozialliberalismus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auf den gewerblich-industriellen Wirtschaftssektor bezogen heißt das: der liberalen Bürgergesellschaft den alten Mittelstand erhalten und sie für die neue Schicht der Fabrikarbeiter öffnen. Die Spannweite dieser Gesellschaftskonzeption im deutschen Liberalismus und deren Wandel bis zur Jahrhundertmitte lässt ein Vergleich südwestdeutscher und rheinischer Liberaler erkennen.

3.1. Südwestdeutsche Konzeptionen eines mittelständischen Sozialliberalismus

Für den südwestdeutschen Liberalismus mag der Artikel „Gewerbe- und Fabrikwesen" Robert von Mohls stehen, erschienen 1838 im *Staats-Lexikon*, dem liberalen Grundbuch dieser Zeit.[13] Der Artikel lässt erkennen, wie stark auch im Südwesten das sozialliberale Denken in Bewegung geraten war. Karl Mathy etwa hatte in den 1840er Jahren als Abgeordneter in der zweiten Kammer des badischen Landtags ein ähnliches sozialliberales Gesellschaftsprogramm vertreten.[14]

Wo eine „bedeutende Gewerbstätigkeit ist", so Mohl, da steigt der „Volksreichtum" (55) und auch das Selbstbewusstsein der Stadtbürger. Deshalb „muß es ... Aufgabe des Staates sein, für das Gedeihen der Gewerbe zu sorgen". Bedenke man die Folgen der neuen Fabrikproduktion, die sich „mit reißender Schnelligkeit" ausbreite, so sei unbestreitbar das „Dasein der Gewerbe im Staate zu einer der wichtigsten Fragen ... des ganzen sozialen Lebens" geworden (58).

Was kann, was soll der Staat zugunsten des Gewerbes tun? Mohl diskutiert zunächst Vor- und Nachteile der Gewerbefreiheit. Für den Liberalen war selbstverständlich, Geburtshindernisse müssen fallen, Monopole für bestimmte Produkte ebenfalls, und der Staat darf keinerlei Vorschriften über das Produktionsverfahren machen. Bei der Kernfrage, was soll mit den Zünften geschehen, wog Mohl sorgfältig ab. Gewiss, meinte er, die Zünfte

13 Staats-Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publicisten Deutschlands herausgegeben von Karl von Rotteck und Carl Welcker. Sechster Band, Altona 1838, S. 775–830 (online frei zugänglich: Internet-Archive http://www.archive.org/details/staatslexikonod10welcgoog); gedruckt auch in: Lothar Gall/Rainer Koch (Hg.), Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung. Vierter Band, Frankfurt a.M. 1981, S. 53–117 (hiernach wird zitiert; die Seiten werden im Text in Klammern nachgewiesen).

14 Zu Mathy detailliert Angermann (wie Anm. 11).

tragen wesentlich bei zur „Erhaltung eines ehrenfesten und wo nicht reichen, doch wohlhabenden Bürgerstandes", sie sind auch „ein Damm gegen Überbevölkerung", wirken gegen „unüberlegte Ehen und nicht haltbare Gewerbeniederlassungen" (64). Gleichwohl, alles in allem „sinkt doch die Waage zugunsten der Aufhebung der Zünfte" (65).

Bei dieser marktliberalen Diagnose blieb Mohl jedoch keineswegs stehen. Sein kleingewerblich-frühindustrieller Sozialliberalismus verlangte staatliche Vorkehrungen, um die Gesellschaft nicht durch einen zu abrupten Wandel eines wichtigen Wirtschaftsbereiches zu destabilisieren. Vollständige Marktfreiheit durch „Aufhebung des zünftigen Meisterrechts" sollte erst nach etwa zehn bis zwanzig Jahren erfolgen, damit jeder sich auf die neue Konkurrenzsituation vorbereiten oder aber „beizeiten sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen" kann (65). Verbindlichkeiten, die auf einer Zunft lasten, müsse der Staat übernehmen und für Betriebsrechte, die auf einem Grundstück liegen, eine Entschädigung zahlen.

Mohl entwarf, erheblich detaillierter als es hier resümiert wird, eine Art sozialliberalen Masterplan für die Zukunft der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in der industriellen Gesellschaft, die sich abzuzeichnen begann. Staatliche Hilfen für eine Anpassungsphase, doch danach sollte diese Kerngruppe in der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart selbständig ihren Existenzort in der marktliberalen Gesellschaft der Zukunft finden. Mohl hatte eine Zukunft dominiert von „fabrikmäßiger Industrie" vor Augen, gegenwärtig „nur ein Herkules in der Wiege", aber nicht mehr lange. Das lasse sich „mit mathematischer Gewißheit" sagen. (66) Sich dagegen zu wehren, wäre vergeblich und würde den Fortschritt hemmen, der die Lebensverhältnisse der gesamten Gesellschaft heben kann. Doch freien Lauf dürfe man der Entwicklung auch nicht lassen, wenn man die bürgerliche Gesellschaft und ihre Wertordnung bewahren will.

Um seine sozialliberale Strategie für einen gesteuerten Weg in die Industriegesellschaft der Zukunft zu begründen, entrollte Mohl als Gegenbild ein Untergangsszenario, mit dem er das „Gespenst des Kommunismus", das zehn Jahre später das „Kommunistische Manifest" beschwor, aus bürgerlicher Sicht antizipierte: „Fabrikheloten", „abgesondert" von „der übrigen Gesellschaft" (85), daneben der „alte ehrenfeste Kern der Bürgerlichkeit und Ordnung, ... ein selbständiger und wohlhabender Handwerkerstand, von der großen Fabrikation immer mehr verzehrt", und schließlich als Folge „ein allgemeiner Aufstand der Proletarier gegen die bestehende Ordnung der Gesellschaft". Diese „Schrecken eines Sklavenkrieges" (87) vor Augen zu führen, sei „wahrlich kein bloßes Gespenst". Gebannt werden könne es nur durch „bleibende, durchgreifende Hilfe" (87).

Wie soll diese Hilfe aussehen? Mohl sondert zunächst aus, was er in den gesellschaftspolitischen Diskussionen seiner Gegenwart für untauglich hielt: alles, was auf Verhinderung des Fabriksystems setzt, nur einzelne Symptome kurieren oder eine alternative Gesellschaftsordnung jenseits der bürgerlichen erzwingen will. Nachdem er dies alles verworfen hat, empfiehlt er Maßnahmen, die allesamt darauf zielen, das frühliberale Ideal einer Gesellschaft der mittleren Existenzen in veränderter Gestalt in das Industriezeitalter zu überführen. Für die Industriearbeiterschaft und für die Gewerbetreibenden sah er unterschiedliche Steuerungsmaßnahmen vor. In beiden Bereichen setzte dieses sozialliberale Konzept einer großen Gesellschaftsreform auf den Staat und auf gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Fabrikarbeiter müssen, erstens, der Willkür ihrer Fabrikherren entzogen werden. Das ist Aufgabe des Gesetzgebers, der es nicht zulassen darf, dass der Fabrikant eine Verfügungsgewalt über Personen „gleich einem mächtigen Häuptlinge der Feudalzeit“ (75) ausübt. Zu lange Arbeitszeit, Kinderarbeit, Mindestlohn[15], Bezahlung in Naturalien, ungesunde Arbeitsplätze – hier müssen gesetzliche Normen erlassen werden.

Der zweite Reformbereich, den Mohl vorstellt, war schwieriger zu gestalten, da hier seine Pläne nur zu verwirklichen gewesen wären, wenn sie eine breite gesellschaftliche Zustimmung gefunden hätten. Auch der Fabrikarbeiter brauche, wie jedes ehrbare Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, die Aussicht auf eine gesicherte soziale Stellung. Um der Fabrikarbeiterschaft diesen „Hoffnungsstern“ (96) zu schaffen und ihr so als ganzes die „Hoffnungslosigkeit“ (100) zu nehmen, schlägt Mohl eine gesetzlich geregelte Gewinnbeteiligung vor. Für eine Minderheit unter den Arbeitern hält er sogar den Schritt in die ökonomische Selbständigkeit für möglich. Diese „Auserwählten“ (101) sollten zunächst mithilfe eines Bildungsstipendiums, das eine Familie ernähren kann, auf einer dafür einzurichtenden Lehranstalt vorbereitet werden und nach erfolgreicher Prüfung in einem Wettbewerb der besten Absolventen ein unverzinsliches Startkapital vom Staat erhalten.

Eine Aufstiegsschleuse über Leistung und Bildung in die ökonomische Selbständigkeit für wenige Fabrikarbeiter, ein auskömmliches Leben für alle durch Gewinnbeteiligung am Erfolg der Industrie – auf diese zeitgemäße Anpassung des liberalen Bürgermodells an die Bedingungen des heraufziehenden Industriezeitalters ist Mohls sozialliberales gesellschaftspolitisches Reformprogramm mit Blick auf die neue Klasse der Fabrikarbeiter angelegt. Mohl bestand nicht auf seinen Vorschlägen, denn niemand kenne mit Sicherheit die Lösung für die Probleme; sicher sei nur, es müsse „etwas Bedeutendes ge-

15 Gegen „unbillige Herabdrückung des Arbeitslohnes“ (S. 97).

schehen“ (102), um die bürgerliche Gesellschaft zu erhalten. Dafür machte er Vorschläge und schied alles aus, was er als bloße „Palliativmittel“ (92) und als illusionäre „Träume“ (95) einstufte.

Für die Gewerbetreibenden fallen Mohls Reformpläne konventioneller, aber durchaus ambitioniert aus. Schutzzölle dort, wo sie zweckdienlich sind, vor allem aber ein gründlich verbessertes Bildungsangebot speziell für den Gewerbestand: Gewerbeschulen für alle, für eine kleinere Zahl Gewerbemittelschulen und polytechnische Institute mit wissenschaftlich fundiertem Unterricht. Mit diesem gestuften Ausbildungssystem bis hinauf zu einer hochschulähnlichen Institution wollte Mohl der Schulung in der Arbeitspraxis eine theoretische Grundlage geben, um den Nachwuchs unter den selbständigen Gewerbetreibenden zukunftsfähig zu machen. Für die Erwachsenen dachte er an Formen der Weiterbildung (112 f.), ohne jedoch über das hinauszugehen, was es schon gab.

Warum sollte man Robert von Mohls Maßnahmenkatalog für eine bürgerliche Gesellschaft in einer frühindustriellen Welt nicht sozialliberal nennen? Auch der Sozialliberalismus hat eine Geschichte. Die vormärzlichen Konzepte im deutschen Südwesten gehören dazu. Sie verweigerten sich weder der industriegesellschaftlichen Zukunft, noch waren sie manchesterliberal.

Mohl hatte die Probleme gründlicher durchdacht als etwa Karl von Rotteck, doch auch Rotteck wollte, wenn er gegen die „Anhäufung übergroßer Industrie- und Geld-Kapitalien in einzelnen Händen“, gegen die „häßliche Geldaristokratie“ schrieb, keineswegs die Industrialisierung verdammen. In seinem Artikel „Eigentum“, aus dem diese Formulierungen stammen, ebenfalls im *Staats-Lexikon*[16], aber drei Jahre vor Mohls Artikel erschienen, setzte Rotteck noch ganz auf das frühliberale Programm der Rechtsgleichheit durch Entprivilegierung. Die „Anhäufung des Reichtums in einzelnen Händen“, die „zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung“ lastete er der noch unvollendeten „Rechtsgleichheit“ an. Man „entfessle die Industrie, befördere den Unterricht“ und „gewähre jeder rechtlichen Erwerbstätigkeit den ihr gebührenden freien Raum“ und die Gefahr, die der Gesellschaft durch die Proletarier drohe, werde gebannt.[17]

16 Band 4, Altona 1835, S. 628–636, leicht zugänglich in Gall/Koch (wie Anm. 13), S. 41–50, Zitate S. 49; im Supplement zur 1. Auflage von 1846 hat Carl Theodor Welcker Rottecks Artikel um einen Zusatz ergänzt (ebd. S. 51 f.), der – ohne dies näher auszuführen – die Ablehnung „wucherischer und ungerechter Erwerbungen“ betont. Welckers Artikel zielt darauf, das Privateigentum gegen kommunistische und sozialistische Gesellschaftstheorien zu verteidigen und zugleich die Sozialbindung des Eigentums zu begründen. Die Industriegesellschaft der Zukunft antizipiert er in diesem Artikel nicht.

17 Ebd., S. 50.

Mohl war in der Problemdiagnose und in der Gesellschaftstherapie weiter und präziser als Rotteck, doch beide plädierten, wie auch Karl Mathy, für eine liberale Bürgergesellschaft, die sich der industriellen Zukunft öffnet und neu bestimmt, was den Bürger und die bürgerliche Gesellschaft ausmachen soll. Ihre Antwort hieß: freier Markt *und* sozialliberale Gestaltung der Gesellschaftsordnung. Sie hätten nicht, wie Friedrich List 1841 in seinem Werk *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Manufakturen und Fabriken „die Mütter und Kinder der bürgerlichen Freiheit" genannt und auch nicht vom „Prinzip der industriellen Erziehung der Nation" gesprochen[18], doch auch für sie versprach die Industrie gesellschaftlichen Fortschritt. Aber nur, sofern er sozial geformt wird.

3.2. Rheinische Minimalform eines sozialen Liberalismus: „Sorge für die Arbeit" als „Sorge für die Arbeiter"

Nach sozialer Formung des industriellen Fortschritts suchten um die Mitte des 19. Jahrhunderts auch die Liberalen des Rheinlandes, dessen Wirtschaftsbürgertum eine breite öffentliche Debatte über die Gesellschaft der Zukunft führte. Das Spektrum der Positionen war weiter als im Südwesten, doch auch unter den rheinischen Liberalen finden sich Gesellschaftsbilder, die – so hatte es Elisabeth Fehrenbach schon 1983 präzise formuliert – „an das altliberale Ideal einer klassenlosen Bürgergesellschaft erinnern".[19] Dazu gehörten Forderungen wie staatlich finanzierte Volksbildung, Steuerfreiheit für geringe Einkommen, Mindestlohn und Regelung der Arbeitszeit.

Auch Rudolf Boch, dem wir eine detaillierte Analyse der Industrialisierungsdebatte im Rheinland bis in die 1850er Jahre verdanken, hebt die sozialpolitischen Reformimpulse der dortigen Liberalen hervor. Das Konzept der Bürgergesellschaft wurde zwar schon „sozial ungleicher gedacht als in den Artikeln des *Staatslexikons*", doch man wollte über erweiterte

18 Zit. nach Friedrich List, Eine Auswahl aus seinen Schriften. Mit einer Einführung von Hermann Christern, Berlin o.J. , S. 206 u. 165.

19 Elisabeth Fehrenbach, Rheinischer Liberalismus und gesellschaftliche Verfassung, in: Wolfgang Schieder (Hg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 272–294, hier 285; auch in: Fehrenbach, Politischer Umbruch und gesellschaftliche Bewegung. Ausgewählte Aufsätze zur Geschichte Frankreichs und Deutschlands im 19. Jahrhundert, München 1997, S. 111–131, hier 123.

Bildungsangebote, die generelle Liberalisierung der politischen Ordnung und dank einer aktiven Sozialpolitik „neue soziale Aufstiegschancen" schaffen.[20]

So weit wie Robert von Mohl wollten im Rheinland nur sozialreformerische Gruppen um die „Rheinische" und die „Kölnische Zeitung" gehen. Sie warben für eine „Organisation der Arbeit", die Gewinnbeteiligung für Arbeiter und neben einem Mindestlohn für das gesamte Gewerbe zudem branchenspezifische Mindest- oder Ecklöhne vorsah. Durchsetzen konnten sich diese liberalen Sozialreformer jedoch innerhalb des rheinischen Liberalismus nicht.[21] Die Mehrheit setzte auf „Sorge für die Arbeit" als die wirksamste Form der „Sorge für die Arbeiter", wie es 1847 in der „Aachener Zeitung" prägnant hieß.[22] Der Staat möge die Steuergesetze sozial ausgestalten, nicht aber in die Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt eingreifen.[23]

So sah es auch Ludolf Camphausen, als er 1847 auf dem Vereinigten preußischen Landtag vergeblich für eine Regierungsvorlage warb, die indirekte Steuern durch eine Einkommenssteuer ersetzen wollte. Camphausen hatte schon zuvor, wie zur gleichen Zeit Karl Mathy in Baden[24], als Präsident der Kölner Handelskammer die Einkommenssteuer als eine große sozialpolitische Tat gepriesen.[25] Sie zeige den „Besitzlosen", „daß die Besitzenden bereit seien, Opfer für sie zu bringen". Und es ist nun einmal „der Beruf der Gesetzgebung unserer Zeit, die Härten des Lebens anzuerkennen und zu mildern". Camphausen rief in seinem Plädoyer im Berliner Landtag als Drohkulisse die „Schlagworte unserer Zeit" auf: „Pauperismus, Proletariat, Kommunismus, Sozialismus, Organisation der Arbeit". Niemand werde leugnen, dass in ihnen eine Wahrheit liege, „die Wahrheit nämlich, daß der Mensch, der lebt, auch das Recht habe zu leben, und daß dieses Recht von der Gesellschaft in einem erweiterten Umfange an-

20 Boch (wie Anm. 2), S. 86 f. Nützlich ist weiterhin auch: Johanna Köster, Der rheinische Frühliberalismus und die soziale Frage, Hg. Walther Peter Fuchs, Berlin 1938 (ND Vaduz 1965). Köster betont, dass die rheinischen Liberalen die politische Reform als Voraussetzung für eine wirksame soziale sahen. Sie stellt zunächst kurz die Beurteilung der sozialen Frage durch einzelne Personen (David Hansemann, Ludolf Camphausen, Gustav Mevissen) und Zeitungen (Rheinische und Kölnische) vor, ergänzt um kurze Blicke auf andere Provinzen, Zeitungen und Personen, und betrachtet dann in einem weiteren Kapitel die sozialpolitische Praxis.

21 Boch, S. 227–237.

22 Ebd., S. 231; Aachener Zeitung v. 2.1.1847.

23 Ebd., S. 235 f.

24 Vgl. Angermann (Anm. 11), S. 528.

25 Joseph Hansen (Hg.), Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850. Band 2,1: 1846–1848, Bonn 1942, S. 274/Anm. 2. Das Folgende ebd.: Nr. 136 Rede L. Camphausens im Vereinigten Landtag, Berlin 10.6.1847, für eine Einkommensteuer mit Selbsteinschätzung des Steuerpflichtigen, S. 273–279.

zuerkennen sei". Niemand werde auch leugnen, dass im 19. Jahrhundert die „Gegensätze zwischen den Armen und den Reichen" gestiegen seien. Als Gründe nannte er das Bevölkerungswachstum, die Fabrikindustrie mit der maschinellen Produktion und der Arbeitsteilung, die größeren Verkehrsräume, welche die Eisenbahn ermöglicht, und „das wachsende Übergewicht des Kapitals und des Kredits". Wer hier nicht sozial reagiere, wie es die Regierung mit der Gesetzesvorlage zur Einkommenssteuer tue, der laufe Gefahr, dass radikale Bewegungen erstarken.

Diese rheinische Minimalform eines sozialen Liberalismus hatte das Leitbild einer Bürgergesellschaft der ökonomisch Selbständigen bereits aufgegeben zugunsten einer Industriegesellschaft, in der die Mehrheit der Menschen als Lohnabhängige arbeiten werden, flankiert durch eine staatliche Politik, die möglichst nicht in den Arbeitsmarkt eingreift. Hilfe zur Selbsthilfe war vorgesehen, auch private soziale Fürsorge, nicht aber eine aktive staatliche Sozialpolitik. Und auch keine Produktionsgenossenschaften als eine zumindest partielle Alternative zum Industriekapitalismus.[26]

4. Genossenschaftlicher Sozialliberalismus

Mit der Genossenschaftsidee nahm der Sozialliberalismus im 19. Jahrhundert eine dritte Gestalt an – nach dem Sozialliberalismus für das Land und dem für den kleingewerblichen Mittelstand und die frühe Fabrikarbeiterschaft. Der genossenschaftliche Sozialliberalismus bildet eine Übergangsphase zwischen den vor- und frühindustriellen Formen der ersten Jahrhunderthälfte und jenem Sozialliberalismus, der auf die Hochindustrialisierung des ausgehenden 19. Jahrhunderts antwortet. Der Kern des frühliberalen Bürgermodells, die ökonomische Selbständigkeit, blieb auch für den genossenschaftlichen Sozialliberalismus zentral. Das verbindet ihn mit seinen Vorläufern und grenzt ihn ab von seinem Nachfolger.

Der genossenschaftliche Sozialliberalismus wurde unter den Liberalen nicht das Anliegen einer Mehrheit, doch von der 1848er-Revolution, einer ersten Hochphase der Genossenschaftsgründungen, bis in die 1860er Jahre bot die Genossenschaftsbewegung eine Chance, Handwerker und auch Arbeiter in das liberale Feld zu integrieren. Sie schuf eine Brücke zur sozialistischen Arbeiterbewegung. Hier nahm der genossenschaftliche Sozialliberalismus etwas vorweg, was auch sein hochindustrieller Nachfolger anstrebte.

26 Boch, S. 243 f.

Die frühe Sozialdemokratie suchte nach Möglichkeiten, die als ungerecht empfundene Ökonomie des Marktes zu zähmen. Ihr Rezept, den kleinen Produzenten zu retten, ohne in eine Restauration von Zunftordnung abzugleiten, hieß wie bei einem Teil der damaligen Liberalen: genossenschaftliche Selbstorganisation, um den Einzelnen zu befähigen, sich in einer Ökonomie, in der das große Kapital die Kleinen völlig zu verdrängen droht, als Selbständiger zu behaupten. Es ging, wie Thomas Welskopp[27] für die frühe deutsche Sozialdemokratie eindringlich gezeigt hat, um eine alternative Wirtschaftsordnung, deren konzeptionelle Spannweite vom Assoziationssozialismus als einem Netzwerk kleiner Werkstätten bis zum Staatssozialismus reichte. Wie auch immer die Schwerpunkte gesetzt wurden, diese Konzeptionen für eine neue Wirtschaftsordnung verlangten, Gesellschaft und Staat zu demokratisieren. Im Kern zielte die frühe Arbeiterbewegung auf eine radikaldemokratische Öffnung der liberalen Vision einer klassenlosen Bürgergesellschaft. Ihre Idee vom „Volk" als der Gemeinschaft aller, die durch Arbeit zum Gemeinwohl beitragen, fand jedoch spätestens seit den Revolutionserfahrungen von 1848/49 immer weniger Widerhall im liberalen Bürgertum. Der genossenschaftliche Sozialliberalismus bildete am ehesten weiterhin eine Brücke.

Es waren vor allem Hermann Schulze-Delitzsch und Karl Biedermann, zwei sächsische Liberale, die den genossenschaftlichen Sozialliberalismus theoretisch durchdachten und in der Praxis förderten.[28] Nachdem das frühliberale Bürgermodell am Industrialisierungsprozess zerbrochen war, suchten sie seinen Kern, eine Bürgergesellschaft der ökonomisch Selbständigen, zeitgemäß fortzuentwickeln.

Keine Rückkehr zu den alten Verhältnissen, die den Einzelnen schützten, ihm jedoch zugleich straffe Zügel anlegten, aber auch keine neuen Formen von Staatshilfe als „Staatsbevormundung", und auch kein „Klassenhass wider das Bürgerthum", so Biedermann 1881 im Rückblick, sondern Genossenschaften als „Princip der wirtschaftlichen Selbsthülfe"[29]. Die heutige Konkurrenzgesellschaft mit ihrem „Kampf Aller gegen Alle", so hatte er schon 1847 geschrieben, brauche ein Widerlager, damit sich nicht die Überzeugung

27 Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

28 Vgl. vor allem Rita Aldenhoff, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984; Richard J. Bazillion, Modernizing Germany. Karl Biedermann's Career in the Kingdom of Saxony, 1825–1901, New York 1990.

29 Karl Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte. Vom Thronwechsel in Preußen 1840 bis zur Aufrichtung des neuen deutschen Kaiserthums. Nebst einem Rückblick auf die Zeit von 1815–1840. 2. Band, Breslau [1881], S. 172, 179, 180.

verbreite, eine „Radikalreform des ganzen gesellschaftlichen Organismus" sei unvermeidlich.[30]

Auch Schulze-Delitzsch zielte mit seinem Genossenschaftsmodell gleichermaßen auf die Arbeiterschaft wie auf die Handwerker, von denen die meisten zu „bloßen Lohnarbeitern ... herabsinken" werden.[31] Die „Tendenz der neueren Industrie zum Großbetrieb", diagnostizierte er, ist nicht aufzuhalten. Von dieser Einsicht müsse ausgehen, wer den industriellen Fortschritt – und Industrie ist Fortschritt, darin stimmten Liberale und Sozialisten überein – in einen „Kulturfortschritt der Menschheit" (172) überführen will. Er sah dazu für diejenigen, die bislang als Verlierer diesen industriellen Fortschrittsweg säumten, nur eine Chance: die „Vergesellschaftung im Erwerb" (173) mittels der Assoziation. Sie ist, so Schulze-Delitzsch in schroffer Zuspitzung, „das einzige Rettungsmittel für die unbemittelten Arbeiter und Handwerker" (174 f.). „Nicht die kleinen Gewerbetreibenden durch polizeiliche Verbote gegen die Konkurrenz des Großbetriebes schützen, sondern sie zur Konkurrenz ... befähigen", darum gehe es, und dazu sei nur die genossenschaftliche Selbsthilfe in der Lage, „die wahre und einzig mögliche Innung der Zukunft" (175).

Den außerordentlich erfolgreichen Aktiengesellschaften als den „Assoziationen von Kapitalisten" sollen Arbeiterassoziationen zur Seite treten, mit der Produktionsgenossenschaft als dem „Gipfelpunkt des Systems" (178). Denn sie ermögliche die „gewerbliche Selbständigkeit" derer, die kein Kapital besitzen. Darum ging es Schulze-Delitzsch und allen Liberalen, die auf den genossenschaftlichen Sozialliberalismus ihre Hoffnung setzten: Selbständigkeit, „sein eigener Herr werden, eine zugleich würdigere und lohnendere Stellung in der Zukunft einnehmen" (179). Dem Einzelnen den Weg in die Selbständigkeit eröffnen, darin, so schreibt er im Blick zurück, „lag ein Hauptsegen des alten Handwerks, dem wir die Kernhaftigkeit unseres Bürgerstandes zum Teil mit verdanken: daß die geschäftliche Unselbständigkeit, der Lohndienst bei einem anderen, nur als notwendiger Durchgangspunkt zur endlichen eigenen Selbständigkeit galt" (179).

Robert von Mohl hatte es zwei Jahrzehnte zuvor ganz ähnlich formuliert. Das gleiche Ziel, aber auf einem anderen Weg. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die Mohl gefordert hatte, war nicht realisiert worden. Schulze-Delitzsch übersetzte sie in „Vergesellschaftung im Erwerb" durch Eintritt in eine Produktivgenossenschaft. Sie entwarf Schulze-Delitzsch als sozialliberale Vision einer gerechten Gesellschaft für die vielen, denen die Industriegesellschaft den Weg in die ökonomische Selbständigkeit verwehrt. Der einzelne Genosse ist Unternehmer und Arbeiter zugleich, „Herr und Diener" – „die wahre Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital" (181) zum Wohle der gesamten Gesellschaft, wenn alle Sozialkreise sich „dem Niveau eines allgemeinen Wohlstandes ... nähern" (182).

Diese sozialliberale Vision blieb eine Illusion. Produktivgenossenschaften gab es 1880 in Deutschland lediglich 131, zahlreicher waren die Konsumvereine, am erfolgreichsten die Kreditvereine.[32] Sie halfen durchaus dem mittelständischen Gewerbe, doch die Arbeiter wurden kaum erfasst. Der Weg der Arbeiter in die Bürgergesellschaft verläuft nicht über die Genossenschaften. Das erkannte auch Schulze-Delitzsch, der Kopf des genossenschaftlichen Sozialliberalismus. Er befürwortete schließlich die Koalitionsfreiheit, zuvor hatte er Gewerkschaften abgelehnt, doch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung verwarf er als einen „Angriff auf die Unabhängigkeit der Bürger".[33]

5. Gesellschaftskonzeptionen im frühen Sozialliberalismus: ihr Wandel und dessen Grenzen

In dieser sozialliberalen Ablehnung der neuen staatlichen Sozialgesetzgebung wird eine Grenze aller skizzierten Formen des frühen Sozialliberalismus sichtbar. Sie zielten auf eine vor- und frühindustrielle Gesellschaft, in der die selbständige Persönlichkeit, zu der sich möglichst jeder männliche Bürger entwickeln soll, auch die ökonomische Position des einzelnen umfasst. Sie wurde in Analogie zur Familie gedacht. Dort findet auch die Frau ihren Lebensort. Darüber hinaus gehen alle Formen des Sozialliberalismus in den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts nicht. Es war ein Sozialliberalismus für den Mann in einer Bürgergesellschaft, die nach Möglichkeiten sucht, auch unter industriellen Bedingungen den Weg in eine selbständige Familienexistenz möglichst vielen Männern zu öffnen.

Doch es zeichneten sich Änderungen in der Vorstellungswelt des Sozialliberalismus ab, die in die Zukunft verweisen. Die Einsicht, die künftige

30 Karl Biedermann, Vorlesungen über Sozialismus und soziale Fragen, Leipzig 1847, S. 99.

31 Hermann Schulze-Delitzsch, Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß, Leipzig 1858. Zit. nach Gall/Koch (wie Anm. 13), S. 163–184, hier 165. Für die folgenden die Zitate werden die Seitenangaben im Text in Klammern nachgewiesen.

32 Vgl. die Zahlen bei Rita Altenhoff, Das Selbsthilfemodell als liberale Antwort auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert. Schulze-Delitzsch und die Genossenschaften, in: Holl u.a. (wie Anm. 1), S. 57–69, hier 65.

33 Aldenhoff, Schulze-Delitzsch (wie Anm. 28), S. 236.

Gesellschaft werde überwiegend eine der Lohnabhängigen sein, nahm zu. Neben Konzepten, wie den Besten auch dann noch der Schritt in die Selbständigkeit mit staatlicher Hilfe ermöglicht werden kann, traten andere, die auf eine soziale Besserstellung aller zielten. Gewinnbeteiligung gehörte dazu. Sie forderte nur eine Minderheit der sozialliberalen Vordenker. Bessere Bildung für alle hingegen konnte sich auf einen breiten Konsens stützen. Hier deutet sich eine Erweiterung des liberalen Entwurfs einer sozial offenen Bürgergesellschaft an. Die selbständige Persönlichkeit, auf der diese Bürgergesellschaft aufruhen sollte, erfordert Bildung. Sie soll einen bürgerlichen Lebensentwurf auch denen erlauben, die lebenslang in wirtschaftlicher Abhängigkeit bleiben. Voraussetzung bleibt jedoch, um nochmals Schulze-Delitzsch zu zitieren, dass die gesamte Gesellschaft auf „dem Niveau eines allgemeinen Wohlstandes" leben kann.

Das blieb stets das zentrale Ziel des Liberalismus in all seinen Ausformungen: ein auskömmliches Leben für alle. Den gesellschaftlichen Fortschritt maß der Liberale an der Annäherung an dieses Ziel. Die drei Formen des frühen Sozialliberalismus, die dieser Beitrag plausibel zu machen sucht, teilten dieses Ziel ebenso wie der dann folgende Sozialliberalismus in der Ära der Hochindustrialisierung. Nun wurden andere Wege dorthin gesucht, und es veränderte sich auch das Gesellschaftsmodell, auf das hin die sozialliberalen Zukunftskonzepte entworfen wurden.

Das industriegesellschaftliche Modell war dem Liberalismus nicht in die Wiege gelegt. Der deutsche Liberalismus entstand nicht als Wegbereiter der kapitalistischen Industriegesellschaft, und er wirkte nicht als ihr Prophet. Er arrangierte sich mit ihr, schrittweise, dem gesellschaftlichen Wandel folgend, aber immer nach Möglichkeiten suchend, möglichst vielen ein bürgerliches Leben zu ermöglichen, ein Leben in bürgerlicher Auskömmlichkeit und Ehrbarkeit. Davon zeugen alle vier Formen des Sozialliberalismus, die im 19. Jahrhundert entstanden sind. Über die vierte handeln die folgenden Beiträge in diesem Buch.

HANS-GEORG FLECK

Sozialliberalismus und Gesellschaftsreform seit der Reichsgründungszeit

„Die Enten gehen immer aufs Wasser, auch wenn das Huhn, das sie ausgebrütet hat, sie nur am Ufer spazieren führen will."[1] Diese ironische Sentenz eines journalistisch-politischen Zeitzeugen führt uns mitten hinein in eine der spannenden, nicht nur für die Geschichte des deutschen Liberalismus prägenden wie polarisierenden Fragen. Setzen wir noch eine weitere Sentenz hinzu – in leicht modifizierter Form zwar, aber ebenfalls aus der Feder eines besonders vielseitigen, im besten Sinne zutiefst freisinnigen Autors –, so könnten wir diese zentrale „Gretchen-Frage" der Liberalismusgeschichte so variieren: „Heinrich, wie hältst Du's mit dem Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit?"

So haben wir mit Hilfe von Franz Mehring und Goethe – er möge uns verzeihen – den Einstieg in das Thema gefunden: Es geht zum einen um das fortdauernd aktuelle Thema des Verhältnisses von Freiheit und Gerechtigkeit im geistigen und politischen Liberalismus, zum anderen um den Umgang des liberalen Bürgertums mit um Freiheit und Gerechtigkeit ringenden unterbürgerlichen Schichten. Wir wollen uns mit den Reaktionen der Liberalen auf die sozialen Herausforderungen befassen, mit denen sie sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts – und auch später – konfrontiert sahen. Wir wollen Reaktionsmuster identifizieren, die nicht nur zeittypisch, sondern dauerhaft prägend geworden sind für die niemals monolithische Realitätsperzeption der Liberalen. Dabei werden wir uns vor allem auf jene Spielart des Liberalismus beziehen, deren Benennung bis in die Gegenwart häufig Kopfschütteln evoziert. Man hält sie irreführend für ein Phänomen des ausgehenden 19. Jahrhunderts bzw. für eine Kapitulation des Liberalismus vor dem sozialinterventionistischen Staat oder aber – dem Ideologem aufsitzend, wonach es nur *einen* Liberalismus ohne Epitheta gebe – für die Mischung aus einer ‚Koalitionsvariante der Loser' und einem Oxymoron, das allenfalls noch von der Wortschöpfung „Sozialbörsianer" in seiner Unvereinbarkeit zu überbieten wäre. Vom „Sozialliberalismus" ist hier die Rede, wie er sich spätestens im Laufe der 1860er Jahre herauszubil-

1 Franz Mehring, Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Bd. 2, Berlin (DDR) 1960, S. 19.